

Mitteilung der EDU Kanton Solothurn an die Solothurner Zeitung:

Die Antworten auf sieben aktuelle Fragen.

1. Wirtschaft: Es zeichnet sich eine Wirtschaftskrise mit mehr Arbeitslosigkeit ab: Wie soll der Kanton die Wirtschaft ankurbeln? (Mehr investieren und Schulden machen, die Steuern senken oder?)

Investitionen um Arbeitsplätze zu erhalten, erachten wir als wichtig und sinnvoll. Das Ankurbeln des Kapitalismus durch Finanzspritzen hingegen nicht. Die Verschuldung des Staates führt längerfristig zu keiner Lösung. Die öffentliche Hand (Kanton, Gemeinde) sollte geplante Investitionen nicht aufschieben. Das kostet langfristig gesehen nicht mehr, da diese Investitionen früher oder später so oder so getätigt werden müssen. Es ist darauf zu achten, dass bei der Auftragsvergabe soweit möglich einheimische Firmen und Gewerbe berücksichtigt werden.

2. Gesundheit: Die Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien steigen ungebremst: Wo soll der Kanton den Hebel ansetzen?

Wir wollen eine Grundversicherung, die nur die notwendigen medizinischen Leistungen abdeckt. Gesundheit hat mit Eigenverantwortung zu tun. Durch die Wahl höherer Franchisen kann die Eigenverantwortung gefördert werden. Eigenverantwortung sollte mit einem Bonussystem belohnt werden; risikoreiche Lebenshaltungen hingegen sollten mit Zusatzversicherungen abgedeckt werden müssen. Die Finanzierung der Spitäler muss transparenter werden. Ein Kosten reduzierender Kompromiss ist jedoch politisch kaum zu finden.

3. Bildung: Bildung gilt als wichtigster "Schweizer Rohstoff": Welche Massnahmen müssen ergriffen werden, damit die Solothurner Kinder "fit" für die Zukunft sind?

Wir stellen uns gegen Harnos, da dies die Eltern verpflichtet, die Kinder ab dem vierten Jahr in die Schule zu schicken. Es ist wichtig, dass die Eltern ihre Erziehungsverantwortung wahrnehmen. Die Schulen können diese Erziehung nicht ersetzen. Die Klassen sollte man womöglich reduzieren, damit Lehrkräfte auf schwächere Schüler eingehen können, ohne gute Schüler zu vernachlässigen. Und es ist wichtig, den Schülern das Christentum näher zu bringen. Die Gefahr der Vernachlässigung unserer eigenen Kultur ist bei steigendem Ausländeranteil gross.

4. Ausländer: Der Ausländeranteil in der Kriminalitätsstatistik ist überdurchschnittlich hoch: Wie kann der Kanton korrigierend eingreifen?

Unsere Asyl- und Ausländerpolitik soll sich im Kern an das internationale humanitäre Recht halten; die Integration von Ausländern und aufgenommenen Asylsuchenden muss im Sinne der geltenden Gesetzgebung konsequenter gehandhabt werden; der Zugang zum Arbeitsmarkt muss möglich sein und Schwarzarbeit bekämpft werden. Ausländer, die sich nicht um Integration bemühen, oder durch Kriminalität auffallen, sollten umgehend ausgewiesen werden. Wir sind gegen das Freizügigkeitsabkommen mit der EU, welches in diesem Bereich noch mehr Probleme schafft.

5. Neue Armut: Viele arbeiten und verdienen trotzdem zu wenig ("Working Poor"): Wie soll der Kanton Abhilfe schaffen?

Dies ist ein vielschichtiges Problem und kann nicht mit einer pauschalen Lösung abgehandelt werden. Mindestlöhne, Ergänzungsleistungen und die Erhöhung der Kinderzulagen sind hilfreich, lösen aber das Problem nicht. Wichtig ist die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe. Dies bedingt, dass die "Working Poor" verstärkt begleitet und gefördert werden. Dazu benötigt die Sozialhilfe mehr Fachpersonal. Personen, die nicht genug verdienen, sollen auf die Möglichkeit der Fürsorge hingewiesen werden. Jedoch muss man darauf achten, nicht Luxus zu finanzieren.

6. Sicherheit: Auf den Strassen nehmen die Aggressionen zu (Schlägereien, Rasertum): Welche Gegenmassnahmen braucht es?

Die kantonalen Polizeikorps müssen ausgebaut werden. Kritische Stellen (z.B. Unterführungen) sollten besser überwacht werden. (Videoüberwachung) Die Koordination und die Effizienz der Sicherheitsorgane müssen verbessert werden und administrative Barrieren und Kompetenzstreitigkeiten dürfen kein Sicherheitsrisiko darstellen. Massive/Vorsätzliche Überschreitungen der Geschwindigkeitslimite sollten durch härtere Massnahmen geahndet werden. Ebenso sollten Fahrradfahrer zu ihrer eigenen Sicherheit vermehrt kontrolliert werden. (Beleuchtung, etc.)

7. Umweltschutz: Energiekonsum und Klimaerwärmung nehmen zu: Was tut Ihre Partei für den Umweltschutz und was erwarten Sie von den Bürgern?

Die Problematik des menschlichen Einflusses auf das Klima muss ernst genommen werden. Erneuerbare Energien müssen sinnvoll gefördert werden. (Wind- und Sonnenenergie) Wichtig ist die erhöhte Unterstützung privater Initiative durch Anzahlungen und attraktive Einspeisevergütung. Die Unterstützung bei Haussanierung wäre eine weitere Möglichkeit. Die Verbesserung der Energieeffizienz auf der Verbraucherseite ist weiterzuführen. Ebenso erwarten wir einen verantwortungsbewussten Umgang mit den Energieträgern. Jeder Einzelne hat einen Beitrag zu leisten.